

Wenn die Marktlogik trotzdem wirkt

Eine einfache Gegenüberstellung von »privatem« und »öffentlichem« Eigentum greift zu kurz

MARIEKE PREY UND HENRIK LEBUHN

Mit der Kampagne »Deutsche Wohnen und Co enteignen« wurde die Eigentumsfrage wieder auf die politische Agenda gerückt. Dass der Sinn und Zweck von Privateigentum hierzulande noch einmal ernsthaft öffentlich diskutiert wird, war noch vor Kurzem schwer vorstellbar. Diese Diskursverschiebung allein ist schon ein wichtiger Erfolg. Doch die einfache Gegenüberstellung von »privat« und »öffentlich«, die in der Berichterstattung darüber schnell bemüht wird, führt leicht in die Irre.

Nach über drei Jahrzehnten neoliberaler Politik ist auch die öffentliche Hand strikten Marktprinzipien unterworfen. Völlig zu Recht fordern die Aktivist*innen der Enteignungskampagne daher nicht etwa die Verstaatlichung der »Deutsche Wohnen« und ähnlich großer Wohnungskonzerne, sondern eine umfassendere Vergesellschaftung. Öffentliche Güter und Institutionen, so die Idee, müssen unter demokratische Kontrolle gebracht und die unternehmerische Logik aus der öffentlichen Daseinsvorsorge zurückgedrängt werden.

Schon seit den 1980er Jahren lässt sich beobachten, wie der öffentliche Sektor schrittweise ökonomisiert wird. Besonders deutlich ist das in der Stadtpolitik. Der marxistische Geograf David Harvey hat das als Durchsetzung einer »unternehmerischen Stadtpolitik« bezeichnet. Unter den Bedingungen von Sozialstaatsabbau, zunehmender Kapitalmobilität und verschärfter Weltmarktkonkurrenz sollen sich die Städte wie profitorientierte Unternehmen verhalten und aktiv um Kapitalinvestitionen, Subventionen, Arbeitsplätze und Steuergelder konkurrieren.

Dazu gehört auch, dass Behörden und Verwaltungen, in denen keine Marktförmigkeit herrscht, durch sogenannte »New Public Management«-Reformen auf Wettbewerb getrimmt werden. Neue Kosten- und Budgetierungsverfahren machen aus öffentlichen Leistungen »Produkte«. Aus Bürger*innen werden »Kunden«. Verwaltungseinheiten, die in der vermeintlichen Konkurrenz schlecht abschneiden, werden durch Kürzungen bestraft. Originäre Aufgaben der öffentlichen Hand wie die Verwaltung von Liegenschaften, der Unterhalt von Krankenhäusern, Stromnetzen und Stadtwerken werden in kommunale Unternehmen ausgegründet. Diese sind zwar im Besitz der betreffenden Kommune. Doch agieren sie nach der gleichen Logik wie Marktakteure.

Davon ist gerade auch die Rekommunalisierung ehemals privatisierter öffentlicher Unternehmen betroffen. Viele Städte und Kommunen haben längst erkannt, dass der Ausverkauf des öffentlichen Tafelsilbers ein großer Fehler war. Aber nur in seltenen Fällen wird öffentliches Eigentum nach dem Rückkauf wieder in die Kernverwaltung eingegliedert. Stattdessen schafft die unternehmerische Stadtpolitik ein Satellitensystem an kommunalen Unternehmen. Diesen wird auch personalpolitisch ein unternehmerischer Geist eingehaucht, indem man das Führungspersonal aus Unternehmensberatungen und börsennotierten Unternehmen rekrutiert.

Dass diesen Entwicklungen schwer beizukommen ist, liegt nicht zuletzt auch an der

mangelnden demokratischen Kontrolle. Die Versuche, Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten, Bürger*innen und Verbraucher*innen innerhalb der öffentlichen Institutionen zu stärken, stößt bestenfalls bei Linkspartei und Grünen auf Zustimmung. In der Praxis wird sie von den öffentlichen Unternehmen sogar offensiv behindert.

Die neoliberalen Konterreformen des öffentlichen Sektors sind mittlerweile so tief verankert, dass auch ein politischer Wechsel im Parlament zunächst nichts daran ändert. Dramatisch lässt sich das derzeit in Berlin beobachten. Hier ist seit 2016 eine Koalition zwischen SPD, Grünen und Linkspartei an der Landesregierung. Gleich nach der Wahl verkündete die neue Regierung, dass sie das Problem der steigenden Mieten über die öffentliche Wohnraumversorgung regulieren wolle. Im Koalitionsvertrag werden die landeseigenen Wohnungsgesellschaften daher als »wichtigste Säule der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin« genannt. Um diese zu stärken, kündigte die Linksregierung eine Begrenzung der Mieterhöhung auf 2 Prozent jährlich für alle Bestandsmieten der landeseigenen Wohnungsgesellschaften an.

Dennoch erhielten ca. 1.100 Mieter*innen der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Degewo zwei Monate nach Antritt der Linksregierung Mieterhöhungen von bis zu 13 Prozent. Ganz direkt konterkarierte die Degewo damit das politische Programm der rot-rot-grünen Koalition – noch dazu auf dem Rücken der Sozialmieter*innen, also genau derjenigen Gruppe, die die »soziale Wohnraumversorgung« besonders dringend benötigt. Die Degewo erklärte ihre Forderungen als ein rechtmäßiges Nachholen von zuvor ausgesetzten Mieterhöhungen, die ihr nach den Förderbedingungen des Programms Sozialer Wohnungsbau zustünden.

Wie aber konnte es dazu kommen, dass sich das Prinzip der Gewinnorientierung gegen den politischen Auftrag der Landesregierung durchsetzte? Vor allem die Abschaffung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes im Jahr 1990 hatte weitgehende Folgen für die öffentliche Wohnraumversorgung. Bis dahin war die Dividendenausschüttung der westdeutschen Wohnungsgesellschaften auf jährlich maximal 4 Prozent begrenzt. Die Non-Profit Orientierung war mit wichtigen steuerlichen Subventionen verknüpft. Die Abschaffung dieser Regelung führte dazu, dass die Landesregierungen den Daseinsvorsorgeauftrag ihrer Wohnungsgesellschaften unter die Maßgabe einer schwarzen Null stellten. So wurde in der öffentlichen Wohnraumversorgung die Gewinnorientierung politisch erzwungen. Wenngleich eingebettet in eine Vielzahl von Vorschriften, orientiert sich die Mietpreisbildung im öffentlichen Sektor seitdem genau wie auf dem privaten Wohnungsmarkt am rechtlich zulässigen Maximum. Auch der Privatisierungstrend ab den 1990er Jahren ist in diesem Kontext zu sehen.

Im Berliner Fall der Degewo fällt zudem auf, dass die Mieterhöhungen unmittelbar nach den Wahlen im Herbst 2016 ausgesprochen wurden. Eine neue Kooperationsvereinbarung zwischen dem frisch gewählten rot-rot-grünen Senat und den landeseigenen Wohnungsgesellschaften lag noch nicht vor. Ob die Degewo diesen Umstand absichtsvoll ausnutzte, lässt sich im Nachhinein kaum mehr klären. ▶



► Klar ist dagegen, dass dieses Manöver – sei es nun intendiert oder nicht – auch auf ein Defizit an echter demokratischer Kontrolle der Degewo verweist.

Diese ist vor allem aus zwei Gründen kaum gewährleistet: Zum einen schwächt die derzeitige Kompetenzverteilung zwischen Politik und landeseigenen Wohnungsgesellschaften die Kontrolle über die öffentlichen Unternehmen. In der Folge tendieren diese dazu, zunächst einmal ihre betriebswirtschaftlichen Ziele zu verfolgen. Zum anderen mangelt es an einer mit ausreichend Ressourcen und Rechten ausgestatteten Mieter*innenmitverwaltung. Dabei ist es die Voraussetzung für eine bedarfsgerechte Wohnraumversorgung, dass gerade die Bewohner*innen in Mietpreisfragen eine Stimme haben.

Dass die Mieter*innen im Fall der Degewo am Ende mit einem blauen Auge davorkamen, war vor allem ihren lautstarken Protesten zu verdanken. Sie organisierten sich und machten erfolgreich Druck auf die linke Stadtentwicklungssenatorin. Am Ende traf die Berliner Senatsverwaltung eine Vereinbarung mit der Degewo, die die Mieterhöhungen auf 4 Prozent reduzierte.

Das Beispiel der Degewo macht deutlich, in welchem Maße öffentliche Verwaltungen und Institutionen mittlerweile ökonomisiert sind. Eine an sozialen Kriterien orientierte Umverteilungspolitik wird dem politischen Aushandlungsprozess damit tendenziell entzogen. Abseits öffentlicher Debatten und demokratischer Entscheidungsverfahren wirkt die Marktlogik – scheinbar unpolitisch – durch die staatlichen Institutionen hindurch.

Um das Problem anzugehen, greift die Kontrastierung von »privat« und »öffentlich« zu kurz. Stattdessen gilt es, die Marktlogik aus dem öffentlichen Sektor selbst zurückzudrängen und die demokratische Kontrolle zu stärken, etwa indem öffentliche Unternehmen als »Anstalten öffentlichen Rechts« organisiert werden. In deren Satzungen können der politische Auftrag zur sozialverträglichen Daseinsvorsorge und eine Selbstverwaltungsstruktur unmittelbar festgeschrieben werden. Auch andere marktferne Eigentumsformen wie Genossenschaften gilt es zu stärken. Damit dies gelingt, braucht es weiterhin den Druck »von unten«. Denn im Gemenge zwischen der Wirkmächtigkeit neoliberaler Institutionen und parteipolitischer Ratio wird eine tiefgreifende Reform des öffentlichen Sektors ohne soziale Bewegungen kaum durchzusetzen sein.

Marieke Prey studiert Sozialwissenschaften im Master an der Humboldt-Universität zu Berlin und ist stadtpolitisch aktiv. Henrik Lebuhn ist



Eine Art Ur-Kommunismus

Auf der Inselgruppe Tokelau werden Lebensmittel nach einem einzigartigen System vert

KAI BÖHNE

Den meisten Menschen ist die Inselgruppe Tokelau nicht bekannt. Sie besteht aus den drei bewohnten Korallenatollen Atafu, Nukunonu und Fakaofu und liegt im Südpazifik. Rund 1.500 Menschen leben auf den drei Inseln, die nur wenige Meter über der Meeresoberfläche liegen und daher von Tsunamis, Taifunen und durch den Anstieg des Meeresspiegels aufgrund globaler Erderwärmung besonders bedroht sind.

Im November 2010 sorgten drei Jugendliche aus Tokelau weltweit für Aufsehen. Sie waren 50 Tage in einem kleinen Boot auf dem Ozean umhergetrieben, bevor sie von einem Fischkutter über 1.300 Kilometer südöstlich ihrer Heimatinsel gerettet wurden. Überlebt hatten sie durch einen starken Überlebenswillen, das Auffangen von Regenwasser, mehrere Kokosnüsse, die sie an Bord hatten, und eine Meöwe, die sie fangen konnten und roh verspeisten. Eine Geschichte wie aus einem Roman.

Tokelau verfügt über keinen Flughafen. Zwei- bis dreimal monatlich legt ein Frachtschiff aus Samoa an und versorgt die Bewoh-

25 bis 30 Stunden. Bis vor einigen Jahren gab es täglich nur wenige Stunden Stromversorgung auf den Inseln. Der Strom wurde mit Dieselgeneratoren erzeugt, der Treibstoff musste in Fässern per Fähre aus Samoa angeliefert werden. Seit 2012 sorgt eine Fotovoltaik-Anlage für eine regelmäßige und stabile Stromversorgung. Tokelau ist demzufolge die erste Nation der Welt, die ihre Stromproduktion zu 100 Prozent auf Solarenergie umgestellt hat. Traditionell wurden hier die Speisen in Erdöfen zubereitet. Heute nutzen viele Haushalte Kerosin-Kocher.

Auf Tokelau wird ein schon lange existierendes, solidarisches und einzigartiges Verteilungssystem für Nahrungsmittel praktiziert. Es nennt sich »Inati« und stellt die Ernährung und das Wohlergehen der isolierten Inselgemeinschaft sicher. Die Ausbeute des Fischfangs und die landwirtschaftlich erzeugten Produkte werden proportional unter kleinen und großen Haushalten aufgeteilt.

Lange Zeit sind die Insulaner ohne Geld ausgekommen. Heute ist der Neuseeland-Dollar das offizielle Zahlungsmittel. Auf den aktuellen, im Mai 2019 herausgegebenen Tokelau-Briefmarken sind traditionelle Nahrungsmittel abgebildet. Und es wird auf die ethisch-politische Art der Lebensmittelver-

werden die stärkehaltigen Rhizome ge- oder geröstet. Auf dem 1,40-Dollar-Wert sind die Blätter des Brotfruchtbaums abgebildet. Sie befinden sich meist am Ende langer Zweige. Die außen grünen, bis zu zwei Kilo schweren Früchte bestehen aus weißem Fruchtfleisch. Sie enthalten Stärke und Eiweiß und sind in Asien als Grundnahrungsmittel. Der Brotfruchtbaum ermöglicht bis zu drei Ernten pro Jahr und gewährt bis zu 70 Jahre lang Ernte. Die Fische sind auf der 2,00-Dollar-Marke abgebildet. Kokosnüsse werden auf der 3,00-Dollar-Marke dargestellt.

Der Bayerische Rundfunk nennt die Inseln im Wirtschafstext nach dem Inati-System »eine Insel der Solidarität«. In der Reportage »eine Insel der Solidarität« sächlich hat die Schweizer Autorin Daniela Kofmehl die Odyssee der drei geretteten Jugendlichen zu einem Jugendroman mit dem Titel »Verschollen in der Südsee« verarbeitet. Darin beschreibt sie auch das Inati-System: »Wenn es ums Teilen ging, waren die Tokelauer vorbildlich. Sie waren sehr großzügig im Geben. Einmal pro Woche fuhren die Jugendlichen gemeinsam zum Fischen. Der gefangene Fisch wurde anschließend unter allen Familien gerecht aufgeteilt. Die Fische wurden nach Familiengröße in große und kleine